



Das politische Beben von Thüringen und die Folgen

Marco Wanderwitz ist neuer Ostbeauftragter

Das politische Beben von Thüringen und die Folgen

Marco Wanderwitz ist neuer Ostbeauftragter

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Marco Wanderwitz, zuletzt Staatssekretär im Bundesinnenministerium, ist neuer Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer.

Für den gebürtigen Chemnitzer bedeutet das nicht nur eine große neue Herausforderung, sondern ganz praktisch auch einen Umzug als Staatssekretär ins Bundeswirtschaftsministerium, wo der Job des „Ostbeauftragten“ angesiedelt ist.

Wanderwitz folgt auf Christian Hirte. Dieser musste nach dem politischen Beben in Thüringen, das letztlich auch CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer den Job kostete und die Politik bundesweit in Aufruhr versetzte, zurücktreten.

■ Politikrimi in Thüringen

Was war geschehen? Seit der Landtagswahl in Thüringen im Oktober 2019 herrschte ein politisches Patt im Freistaat. Die vorherige Koalition aus Linke, SPD und Grünen und Ministerpräsident Bodo Ramelow hatte keine eigene Mehrheit mehr. Ebenso alle anderen Parteikonstellationen, bei denen nicht entweder die AfD oder Die Linke beteiligt gewesen wären – was für unterschiedliche Parteien wiederum jeweils untragbar war.

In der Folge entschloss sich Bodo Ramelow für den Versuch, mit einer rot-rot-grünen Minderheitsregierung im Amt zu bleiben. Die Vorgänge um die dafür entscheidende Wahl am 5. Februar entwickelten sich zum Politikrimi, die wohl – allein schon wegen der daraus erwachsenen Folgen – in die Geschichte eingehen dürften.

In den ersten beiden Wahlgängen erhielt Ramelow zwar mehr Stimmen als sein Gegenkandidat, der von der AfD nominierte Christoph Kindervater, verpasste aber die notwendige absolute Mehrheit für die Wahl zum Ministerpräsidenten. Im dritten Wahlgang dann der „Showdown“. Hier reichte die einfache Mehrheit der Stimmen zur Wahl. Neben Ramelow und Kindervater trat nun auch Thomas Kemmerich an, Chef der Landtagsfraktion und des Landesverbandes der FDP. Und er gewann, wenn auch nur mit einer Stimme Vorsprung (bei einer Enthaltung).

Die Wahl fand zwar geheim statt. Doch die Tatsache, dass



> Marco Wanderwitz

AfD-Kandidat Kindervater keine einzige Stimme erhielt, ließ die Sache für politische Beobachter eindeutig erscheinen: Kemmerich war mit den Stimmen von AfD, CDU und FDP gewählt worden.

Die Tatsache, dass damit erstmals der Ministerpräsident eines Bundeslandes nur durch die Stimmen der AfD ins Amt gewählt wurde, sorgte bundesweit für Aufsehen. Nicht nur bei Grünen, Linke und SPD galt das als „Dammbruch“, sondern auch in weiten Teilen der Christdemokraten und der Liberalen. Nicht zuletzt Bundeskanzlerin Angela Merkel nannte es einen „unverzeihlichen Vorgang“.

■ Hirte: Glückwünsche führten zum Rücktritt

Und damit zurück zu Christian Hirte: Dieser reagierte – von einer Dienstreise aus dem fernen Tokio – anders als viele seiner Parteikolleginnen und -kollegen. „Herzlichen Glück-

wunsch, Thomas Kemmerich! Deine Wahl als Kandidat der Mitte zeigt noch einmal, dass die Thüringer RotRotGrün abgewählt haben. Viel Erfolg für diese schwierige Aufgabe zum Wohle des Freistaats Thüringen“, schrieb er bei „Twitter“.

Schnell wurden daraufhin die ersten Rücktrittsforderungen laut, insbesondere aus den Reihen der SPD sowie von Grünen und Linken. Und die Rufe wurden erhört. „Frau Bundeskanzlerin Merkel hat mir in einem Gespräch mitgeteilt, dass ich nicht mehr Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Länder sein kann. Ihrer Anregung folgend, habe ich daher um meine Entlassung gebeten“, teilte Hirte am 8. Februar mit.

Schnell war klar, wer ihm im Amt folgen sollte: Marco Wanderwitz. Die Reaktionen waren weit überwiegend positiv, auch über die Parteigrenzen hinweg. So gab es etwa von der SPD viel Zustimmung. Der Sprecher

„Wenn sich die Bundesregierung 30 Jahre nach dem Mauerfall entgegen ihren Sonntagsreden zur weiteren Stärkung der neuen Länder nicht dazu entschließt, die Interessen in einem eigenen Ressort zu bündeln, um so den Stellenwert zu untermauern, dann brauchen wir auch kein Placebo eines Ostbeauftragten. Wenn, dann wäre beispielsweise ein Beauftragter für strukturschwache Regionen sinnvoll, denn die gibt es inzwischen überall in Deutschland, nicht nur im Osten.“

Dietmar Knecht,
Landesvorsitzender dbb mecklenburg-vorpommern

„Christian Hirte hat schon seit Amtsbeginn glücklos agiert. Von Herrn Wanderwitz erwarte ich nicht nur mehr politischen Instinkt, sondern auch eine klare Abgrenzung gegen jede Form von Extremismus, ob von rechts oder von links. Ob der neue Ostbeauftragte bis zur Bundestagswahl 2021 noch viel für den Osten bewegen kann, wage ich zu bezweifeln. Konkrete ‚Baustellen‘ gäbe es noch: Neue Bundesbehörden müssen grundsätzlich in den neuen Bundesländern angesiedelt werden. Dass die Agentur für Cybersicherheit nach Sachsen und Sachsen-Anhalt kommt, stärkt Mitteldeutschland und ist ein wichtiges politisches Signal. Ein weiteres Problem: Ob Staatssekretäre, Präsidenten der obersten Gerichte oder Behördenleiter – die Spitzenbeamten kommen zum großen Teil noch immer aus dem Westen. Was nach der Wiedervereinigung in der Übergangszeit noch sinnvoll war, ist 30 Jahre danach nicht mehr vermittelbar. Im Osten gibt es genügend qualifizierte Beamtinnen und Beamte für Spitzenjobs.“

Wolfgang Ladebeck,
Landesvorsitzender dbb sachsen-anhalt

der sächsischen Landesgruppe, Detlef Müller aus Chemnitz, schrieb: „Gute und kluge Entscheidung. Freut mich sehr.“ Michael Roth, Staatsminister für Europa beim Bundesminister des Auswärtigen, sagte: „Ich freue mich über die Berufung von Marco Wanderwitz zum Ostbeauftragten. Glückwunsch, lieber Marco!“

Der Ostbeauftragte der SPD, Martin Dulig, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in Sachsen, gratulierte Wanderwitz und teilte mit: „Ich bin gespannt auf seine Ideen für die Zukunft Ostdeutschlands und biete ihm meine Zusammenarbeit an.“

Lob für die Ernennung gab es sogar aus der Opposition. „Marco Wanderwitz steht für eine klare Abgrenzung gegenüber der rechtsextremen AfD. Daher ist seine Ernennung als neuer Ostbeauftragter ein gutes, ermutigendes Signal“, schrieb etwa Sven Kindler, haushaltspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion, bei Twitter. Die Grünen-Abgeordnete Steffi Lemke, ehemals Bundesgeschäftsführerin ihrer Partei: „Das halte ich für eine gute Entscheidung, Marco Wanderwitz zum neuen Ostbeauftrag-

ten der Bundesregierung zu machen.“

Dass Koalitionspartner und Teile der Opposition die Auswahl so deutlich begrüßen, war nicht garantiert. Denn Wanderwitz selbst hatte die Rücktrittsforderungen an seinen Parteifreund Hirte zunächst deutlich zurückgewiesen: „Christian Hirte macht guten Job in Bundesregierung. SPD & Grüne überspannen Bogen mit haltlosen Rücktrittsforderungen.“

■ Auch Wanderwitz polarisierte schon

Politische Beobachter werten die Ernennung von Wanderwitz als klares Signal, einerseits der Bundes-CDU und vor

„Der SBB freut sich, dass mit Marco Wanderwitz ein Chemnitzler und damit ‚waschechter Sachse‘ der neue Ostbeauftragte der Bundesregierung geworden ist. Noch besser wäre es natürlich, wenn 30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung ein solcher Ostbeauftragter gar nicht mehr benötigt würde. Dem ist aber leider nicht so. Eines der ersten Themen seiner Arbeit sollte aus unserer Sicht eine schnelle Lösung in der Frage des Härtefallfonds für DDR-Rentner der sogenannten ‚vergessenen‘ 17 Berufs- und Personengruppen sein. Wir wünschen ihm für seine neue Aufgabe auf jeden Fall viel Erfolg!“

Nannette Seidler,
Landesvorsitzende SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen

allem von Angela Merkel. Markus Decker, Korrespondent im Hauptstadtbüro des Redaktionsnetzwerks Deutschland, schrieb bei Twitter: „Es gibt wenige in der ostdeutschen CDU, die sich so stark von der AfD abgrenzen wie Marco Wanderwitz. Insofern ist seine Berufung zum Ostbeauftragten ein unmissverständliches Zeichen.“ Gleichzeitig konstatierte er: „Der 44 Jahre alte neue Ostbeauftragte Marco Wanderwitz war 14, als die Mauer fiel. Auch das sagt etwas aus. Es sagt aus, dass wir immer noch einen Ostbeauftragten brauchen, obwohl dieser Ostbeauftragte zwei Drittel seines Lebens im wiedervereinigten Deutschland verbracht hat. Es sagt außerdem aus, dass er sicher anders auf Ostdeutschland blickt als jemand, der den größeren Teil seines Lebens in der DDR verbracht hat.“

In der Vergangenheit hat Wanderwitz bereits mehrfach durch ungewöhnliche Vorschläge für Aufsehen gesorgt. Während der Finanzkrise im Jahr 2010 schlug er im Interview mit der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“ vor, Griechenland möge doch zur Schuldentilgung einige Inseln verkaufen. Als „aberwitzig“ bezeichnete der n-tv-Journalist Manfred Bleskin auch die Idee von Wanderwitz, dass übergewichtige Menschen höhere Beiträge zur Krankenkasse leisten sollten, da sie ja auch mehr Kosten verursachten.

■ „Brücken zwischen Ost und West zu verstärken“

Zuletzt war es deutlich ruhiger um Wanderwitz geworden. Seine Ziele im Amt als „Ostbeauftragter“ formulierte er im Interview mit dem Kölner Stadtanzeiger nach seiner Ernennung wie folgt: „Es geht mir um gleichwertige Lebensverhältnisse und Strukturwandel. Es geht mir aber auch um weiche Themen wie den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und natürlich geht es auch um 30 Jahre friedliche Revolution und Deutsche Einheit. Das Thema will ich nicht zuletzt nutzen, um die Brücken zwischen Ost und West zu verstärken.“ ■

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger
(leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für:
Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt
Sachsen: Michael Jung
Sachsen-Anhalt: Silke Grothe
Thüringen: Doreen Löser

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titelfoto: Walter Schmitz

Verlag: DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715.

Anzeigenverkauf: Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714.

Anzeigendisposition: Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Preisliste 23, gültig ab 1.10.2019

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Gespräch im Innenministerium

Gemeinsame Ziele und Aufgaben für 2020 abgesteckt

Der Staatssekretär im Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern, Thomas Lenz, hat sich am 27. Januar 2020 mit dem dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht zu einem Arbeitsgespräch getroffen.

An dem Gespräch nahmen außerdem aus dem Ministerium der neue Leiter der Allgemeinen Abteilung, Frank Niehörster, sowie der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Thomas Krupp teil.

Neben dem Amtsantritt von Frank Niehörster ging es vor allem um die geplanten Änderungen bezüglich des Dienstrechts, die im Jahr 2020 zu erwarten sind. Eine große Rolle dürften dabei die dienstrecht-

lichen Veränderungen spielen, die durch die Neuordnung des Besoldungsrechts in Mecklenburg-Vorpommern bevorstehen.

„Hier ist die Haltung des dbb m-v klar: Anreize für die Nachwuchsgewinnung schaffen, ohne dabei das Bestandspersonal – egal ob tarifbeschäftigt oder verbeamtet – aus den Augen zu verlieren“, betonte der dbb Landesvorsitzende. Gesprochen wurde des Weiteren

über die Dynamisierung und die Ruhegehaltsfähigkeit von Zulagen unter anderem bei Polizei, Feuerwehr und Strafvollzug. Der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Thomas Krupp machte deutlich, dass der dbb auch hier Verbesserungen erwarte. Darüber hinaus erörterten die Gesprächspartner die Auswirkungen der zunehmenden Gewalt gegen Beschäftigte und die Möglichkeiten einer Eindämmung.



> Thomas Krupp, dbb Landeschef Dietmar Knecht, Staatssekretär Thomas Lenz und Frank Niehörster (von links)

Meinungsaustausch und Netzwerken

Die Linke: Neujahrsempfang

Zum traditionellen Neujahrsempfang hatten Landtagsfraktion und Landesverband der Partei Die Linke am 4. Februar 2020 nach Banzkow vor den Toren der Landeshauptstadt eingeladen.

Der gemeinsamen Einladung von Landtagsfraktionschefin Simone Oldenburg und den beiden Landesvorsitzenden

Wenke Brüdgam und Torsten Koplín waren als Vertreter des dbb m-v neben dem Landesvorsitzenden Dietmar Knecht

auch sein Stellvertreter Frank Höhne (Landesvorsitzender der DSTG M-V) und Hans-Jürgen Papenfuß (Landesvorsitzender

des BSBD M-V) gefolgt. In zahlreichen interessanten Gesprächen boten sich dabei gute Gelegenheiten zum Netzwerken

für den öffentlichen Dienst. Dabei kamen die Themen „Attraktivität“ und „Nachwuchsgewinnung in der Landesverwaltung“ nicht zu kurz. Insbesondere das Thema „Personalengpässe“ im Bereich der Justiz und in der Finanzverwaltung fand bei den jeweiligen Fachpolitikern der Linken Gehör und man war sich schnell einig, dass die Sorgen und Nöte der Beschäftigten schnell ernst genommen werden müssen. Die Landtagsabgeordnete der Linksfraktion, Jeanine Rösler, und der DSTG-Landesvorsitzende Frank Höhne stimmten darin überein, dass trotz ausgesetzter Personalkonzepte eine weitere Personaleinsparung im Bereich der Steuerverwaltung ein nicht nur falsches, sondern auch ein unehrliches Signal der Landesregierung gegenüber der Belegschaft in den Finanzämtern ist.

Die Vertreter des BSBD M-V nutzten die Gelegenheit, mit dem Mitglied des Rechtsausschusses, Jacqueline Bernhardt, sowie ihrem wissenschaftlichen Mitarbeiter Sebastian Schmidt ausführlich über die Situation und Belange nicht



> Hans-Jürgen Papenfuß, Simone Oldenburg (Die Linke), Dietmar Knecht, Frank Höhne und Thomas Krüger (SPD) (von links)

nur des Justizvollzuges (fehlendes Personal im AVD, kritische Haltung zu eingestellten Justizhelfern), sondern auch der Justizwachtmeister zu sprechen, den Kontakt zu pflegen und zu informieren.

Der BSBD-M-V Chef Papenfuß nutzte zudem die Gelegenheit, um über die Situation seines Berufes (Psychologischer Psychotherapeut) und die Zukunft des neuen Studiums Psychotherapie mit den damit befassten Abge-

ordneten der Fraktion zu sprechen. Als Kammermitglied der Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer konnte er deutlich machen, dass dieser Studiengang nicht in die Hände der Fachbereiches Medizin beziehungsweise Psychiatrie gehört. Nach seiner Auffassung muss es eine Professur eines Psychologischen Psychotherapeuten geben. Ein weiteres wichtiges Thema, für das auch der ebenfalls teilnehmende SPD-Landtagsfraktionschef Thomas Krüger

sensibilisiert werden konnte, ist die Notwendigkeit effektiver Maßnahmen gegen die steigende verbale und auch tätliche Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sowie bei Bahn und Post. Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht machte deutlich, dass ein „Es wird schon nichts Ernsthaftes demnächst passieren“ hier völlig fehl am Platze sei. „Der dbb m-v lässt nicht locker und wird an diesem Thema dranbleiben“, unterstrich Knecht. ■

dbb m-v drückt aufs Gaspedal

Motivierende Verbesserungen müssen schnell kommen

Auf der Personalversammlung, die am 5. Februar 2020 im Amtsgericht Rostock stattfand, hat der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht den Kurs der Landesregierung zur Novellierung des Besoldungsrechts begrüßt.

„Unter den aktuellen Bedingungen im Bereich der Justiz mit den Stichworten ‚Eingruppierung von Justizfachangestellten‘, ‚Aufwertung von Wachtmeisterdiensten‘, ‚Beförderungstau‘, ‚Aufgabenverdichtung‘ und ‚vorzeitige Rente bzw. Pension‘ grenzt es an ein

Wunder, dass die Kolleginnen und Kollegen ihren Dienst noch so professionell für das Gemeinwohl ausüben. Der Bogen darf nicht überspannt werden. Wenn in der JVA Bützow im Jahr 2019 zwanzig Beschäftigte ausgeschieden sind und nur sechs davon

durch das Erreichen der regulären Altersgrenze, unterstreicht das den Handlungsbedarf für schnelle und motivierende Verbesserungen bis hin zu einer vernünftigen Altersteilzeit als Personalbindungsmaßnahme“, sagte Knecht. Der dbb Landesvorsitzende warb weiterhin für eine konsequente Strafverfolgung durch die Justiz bei Fällen von Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Das setze natürlich voraus, dass Betroffene auch eine Strafanzeige stellen, die dann nicht anschließend we-

gen angeblich mangelnden öffentlichen Interesses eingestellt wird. „Jeder Angriff auf Staatsbedienstete ist von öffentlichem Interesse, weil er eine Gefahr für unser Staatsgefüge und für unsere Demokratie ist. Es ist ein Schlag in das Gesicht der Betroffenen und eine Riesensauerei, wenn beispielsweise das Beschädigen von Wahlplakaten einen höheren statistischen und juristischen Stellenwert hat als der Angriff auf unsere Kolleginnen und Kollegen“, unterstrich Knecht abschließend. ■

Interview

Den Wandel gestalten

Thomas Krupp ist seit Ende 2019 Landesvorsitzender der komba m-v und als stellvertretender Landesvorsitzender in der Landesleitung des dbb m-v zuständig für Beamten- beziehungsweise Dienstrecht und Versorgungsrecht. Im Interview spricht er über den Wandel in der Verwaltung und der Gewerkschaftsarbeit.

Kollege Krupp, Sie sind ja seit vielen Jahren Mitglied der komba und auch als stellvertretender Landesvorsitzender des dbb m-v in der Dachorganisation engagiert. Was hat Sie dazu bewogen, für den komba Landesvorsitz zu kandidieren?

Durch die Arbeit der Landesleitung des dbb m-v habe ich mich in viele unterschiedliche Themengebiete einarbeiten können. Dabei habe ich mich unter anderem mit Tarif- und Beamtenrecht auseinandergesetzt. Außerdem waren die Gebietsreformen – mit all ihren Problemen für Organisation, Personal, aber auch im IT-Bereich – die Themenfelder, in denen wir als komba m-v sehr stark betroffen waren. Wir halfen unseren Mitgliedern vor Ort, zum Beispiel wenn sie von den Umstrukturierungen und damit von möglichen Änderungen der Eingruppierung betroffen waren. Wir unterstützen mit Beratungen zu allen Themen rund um die Reformen.

Auch jetzt befinden wir uns in einem stetigen Wandel. Die Ansprüche an die Verwaltung und damit auch an uns als Gewerkschafter sind gewachsen. Hier sehe ich Potenziale für unsere Gewerkschaft. Deshalb möchte ich meine langjährige Erfahrung und mein Wissen mit einbringen, um die komba m-v weiterzuentwickeln.

Welche Ziele haben Sie sich für Ihre gewerkschaftliche Arbeit in den nächsten fünf Jahren gesteckt?



> Chef der komba m-v und stellvertretender dbb Landesvorsitzender: Thomas Krupp

Wie ich oben schon erwähnte: Die Menschen mit ihrer Arbeitseinstellung, aber auch die Arbeit als solche ändern sich. In diesem Änderungsprozess ist es wichtig, sowohl die Jüngeren als auch die Älteren mitzunehmen. Als Beispiel nenne ich die Technikaffinität: Jüngere gehen mit Social Media oder Google problemlos um, während Ältere auch heute doch eher ein Buch oder ausgedruckten Text in die Hand nehmen.

Es ändern sich auch die Ziele der Menschen: Heutzutage kann Arbeitszufriedenheit bei weniger Einkommen wichtiger sein als mehr Geld bei höherem Arbeitsanfall oder größerer

Verantwortung. Freizeit wird höher bewertet als Arbeitsstress.

Deshalb müssen wir Schlagworte in den nächsten Jahren mit Leben füllen, Schlagworte wie „Verwaltung in ländlichen Räumen“, „Digitalisierung“, „Bürgernähe“, „Arbeitszeitmodelle“, „Kommunikation miteinander“, aber auch „Engagement in unserer Gewerkschaft“. Das heißt, Motivation der Mitarbeitenden steht auf meiner Agenda weit oben.

Alle diese Schwerpunkte haben direkten Einfluss auf unsere gewerkschaftliche Arbeit. Sie

sind Ausgangspunkt unserer Marschrichtung für Strukturen und inhaltliche Ziele für die nächsten Jahre. Hiervon sind dann unsere zukünftigen Forderungen abzuleiten. Es ist kein leichter Prozess, diese zu fixieren und auszuformulieren. Er ist nur möglich, weil alle Vorstandskollegen und -kolleginnen engagiert mitarbeiten. Inwieweit Ziele dann umgesetzt werden können, müssen wir abwarten.

Außerdem hat der Gewerkschaftstag uns mit seinen Anträgen auf verschiedenen Gebieten wie zum Beispiel „Rückkehr zu einer bundeseinheitlichen Besoldung“, „Förderung des Ehrenamtes“, „Maßnahmen gegen Gewalt gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Dienst“, „Änderungen beim Leistungsentgelt“ und vielem mehr aufgetragen tätig zu werden.

Aus Ihrer Tätigkeit im Personalrat sind Sie nah dran an den Problemen der Kolleginnen und Kollegen. Was bewegt die Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Moment besonders?

Viele Kolleginnen und Kollegen legen heutzutage den Schwerpunkt auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das ist nicht immer frei von Konflikten. Personalrat und Dienststelle müssen hier die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen oder ausbauen. Zum Beispiel Telearbeit oder mobiles Arbeiten. Es muss hier ein Ausgleich zwischen den Interessen der Dienststelle und der Mitarbeitenden gefunden werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Thema Personalentwicklung: Gerade für die Jüngeren spielen die eigenen persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten eine große Rolle. Sie wün-

schen sich eine gewisse Planungs- und Umsetzungssicherheit. Auch die Möglichkeiten eines Laufbahnwechsels sind hier mit einzubeziehen.

Von älteren Kolleginnen und Kollegen höre ich öfter, dass sie gerne kürzertreten oder – möglichst ohne hohe Abschlüsse – früher aufhören würden, weil die Arbeitsbelastung durch den bisherigen Stellenabbau, der erst Ende vergangenen Jahres für etwa fünf Jahre ausgesetzt wurde, immer höher wurde.

Gerade die im öffentlichen Dienst geleistete Arbeit – dazu zählt auch, ob es gelingt, das Erfahrungswissen von auscheidenden Mitarbeitenden tatsächlich an eine(n) Nachfolger(in) weiterzugeben – wird aus dem Bereich der politisch Verantwortlichen kaum bis gar nicht wertgeschätzt.

Das führt zu Verdruss. Für uns als komba bedeutet das: Es ist ganz wichtig, die Bedeutung eines funktionierenden öffentlichen Dienstes für die Entwicklung unseres Landes deutlich zu machen.

Dass es wichtig ist, den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen, hat in Zeiten des Fachkräftemangels auch die Landespolitik erkannt. Welches sind aus Ihrer Sicht geeignete Maßnahmen, um dieses Ziel langfristig zu erreichen?

Die Frage ist: Wie schaffen wir es, zum einen genug Nachwuchs zu uns nach Mecklenburg-Vorpommern zu holen und dort zu halten, zum anderen das vorhandene Wissen an die nachfolgende Generation weiterzugeben? Mit dem jetzt in Angriff genommenen Besoldungsneuordnungsgesetz soll eine Attraktivitätssteigerung

junge Leute für den öffentlichen Dienst begeistern. Die älteren Kolleginnen und Kollegen kommen hierbei aus meiner Sicht zu kurz. Gerade die ältere Generation verfügt über viel Erfahrung und Wissen. Weshalb nicht eine Erfahrungsstufe hinten anhängen? Das wäre auch eine Art der Wertschätzung und würde zur Motivationssteigerung beitragen.

Wir sollten vielleicht grundsätzlich umdenken. Wer gute Leute und damit Potenziale zur Weiterentwicklung des Landes erschließen beziehungsweise freisetzen will, darf nicht vergessen, dass wir auf dem Arbeitsmarkt mit dem Bund und Ländern wie Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen konkurrieren. Finanziell und von den Arbeitsbedingungen her sollten wir deshalb nicht hinten anstehen.

Kreative, motivierte und kompetente Kolleginnen und Kollegen können Innovationen herbeiführen, an die wir jetzt noch gar nicht denken.

Wir sollten den Flickenteppich bei der Besoldung um einen Flecken reduzieren und uns an den Bund anpassen. Es wäre wie bei Deutschland in der EU: Wir zahlen zwar mehr – bei uns an die Menschen –, aber bekommen auf der anderen Seite durch hohen Sachverstand und Motivation auf vielen Gebieten langfristig positive Effekte. Dies macht die zusätzlichen Zahlungen mehr als wett. Da hilft dann das entstehende Image, dass Mecklenburg-Vorpommern zuverlässig, kalkulierbar und vorausschauend plant und verwaltet.

Vielen Dank für das Gespräch und die interessanten Aspekte und Anregungen! ■

Mitglieder des dbb m-v engagieren sich im Ehrenamt

Berufungen am Finanzgericht, Arbeitsgerichte bitten um Vorschläge

Am 6. Februar 2020 fand die Sitzung des Wahlausschusses für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Finanzgerichts Mecklenburg-Vorpommern statt.

Der dbb m-v gratuliert der Kollegin Elke Quandt sowie dem Kollegen Bernd Wiczorkowski (beide Mitglied der komba m-v) zu ihrer Berufung für die Wahlperiode vom 6. Februar 2020 bis zum 5. Februar 2025.

Das Landesarbeitsgericht Mecklenburg-Vorpommern teilte dem dbb m-v mit, dass auch hier Neuberufungen bevorstehen, da die Amtsperiode der insgesamt 660 ehrenamtlichen Richter der Arbeitsgerichtsbarkeit am 31. Dezember 2020 endet. Der dbb m-v hat wiederum die Möglichkeit,

Vorschläge für die Neuberufung einzureichen. Im Einzelnen sollen für die hier aufgelisteten Gerichte mindestens Vorschläge in nachstehender Größenordnung gemacht werden:

- > Landesarbeitsgericht: 5
- > Arbeitsgericht Rostock: 10
- > Arbeitsgericht Stralsund: 32
- > Arbeitsgericht Schwerin: 15

Wir bitten interessierte Mitglieder und auch die in der laufenden Amtsperiode bereits Berufenen, sich bei ihrer Mitgliedsgewerkschaft um eine

(erneute) Kandidatur zu bewerben, falls Interesse an der Aufnahme beziehungsweise der Fortführung dieser ehrenamtlichen Tätigkeit besteht. Die entsprechenden Formulare erhalten Sie über Ihre Mitgliedsgewerkschaft oder auch direkt bei der dbb Landesgeschäftsstelle. ■



SBB und dbb vorsorgewerk

Eine starke Partnerschaft zum Vorteil der Mitglieder

Die exklusive Zusammenarbeit von SBB und dbb vorsorgewerk ist ins zweite Jahr gestartet. Gerade werden die neuen Informations- und Präsentationsangebote für die Gewerkschaftsmitglieder vorbereitet.

Seit Anfang 2019 unterstützt das dbb vorsorgewerk den SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen mit flächendeckenden Informationsveranstaltungen für die Mitglieder. Ziel der langfristig ausgerichteten, exklusiven Zusammenarbeit ist es, den sächsischen Gewerkschaftsmitgliedern vor Ort alle wichtigen Vorteilsangebote vorzustellen, die ihnen zur Verfügung stehen. Außerdem sollen mehr Kolleginnen und Kollegen vom Eintritt in eine Mitgliedsgewerkschaft des SBB überzeugt werden.

Die SBB-Landesvorsitzende Nannette Seidler betont: „Für mich liegt der Fokus unserer Zusammenarbeit darauf, dem einzelnen Mitglied, wo immer in Sachsen es ist, den SBB und die Vorteile einer Mitgliederschaft in unseren Gewerkschaften und Verbänden noch näherzubringen. Denn unsere Mitglieder sind unsere besten Fürsprecher. Wenn wir auch zukünftig handlungsfähig und durchsetzungsstark bleiben wollen, so können wir die Gewinnung neuer Mitglieder nicht dem Zufall überlassen. Gefragt sind frische Ideen und neue Konzepte. Ich freue mich, dass uns das dbb vorsorgewerk dabei unterstützt.“

Ein wichtiger Impuls für die Entscheidung, in die Gewerkschaft einzutreten, ist die persönliche Empfehlung einer vertrauensvollen Person. Hier setzt das Konzept von SBB und dbb vorsorgewerk an: zu den sächsischen Kolleginnen und



Treffen der Partner der exklusiven Kooperation in der Geschäftsstelle des SBB

Kollegen zu kommen, wie 2019 unter anderem nach Leipzig und Plauen. Die Resonanz war durchgehend positiv und ein Beleg dafür, den richtigen Weg eingeschlagen zu haben. Auf den gewonnenen Erfahrungen aufbauend geht es nun weiter. Für die kommenden Veranstaltungen sind unter anderem die Themenschwerpunkte „Versorgung bei Dienstunfähigkeit“, „Versorgungslage nach Teilzeit und Beurlaubung“, „Pflege“ und „Diensthaftpflicht“ angedacht.

Alexander Konzack, der für das dbb vorsorgewerk bei vielen SBB-Veranstaltungen vor Ort ist, freut sich über das große Interesse in Sachsen: „Das bestätigt unseren Ansatz, das bestehende Informationsinteresse aufzugreifen und verständlich und praxisorientiert zu beraten. Die Themen ‚Absicherung‘ und ‚Vorsorge‘ sind nun mal recht komplex, wir

nehmen uns aber gerne die Zeit, mit den Mitgliedern ihre Bedarfssituation zu analysieren und auf Wunsch ein konkretes Angebot zu unterbreiten. Ich freue mich schon sehr auf die neuen Veranstaltungen.“

Wer neugierig auf die geplanten Themenschwerpunkte ist und an einer Veranstaltung von SBB und dbb vorsorgewerk teilnehmen will, übermittelt seine Interessensbekundung der Geschäftsstelle des SBB per E-Mail unter infoveranstaltung@sbb.dbb.de.

Ausgezeichnete Leistungen und Mitgliedervorteil

Die wichtigste Aufgabe des dbb vorsorgewerk unterstreicht bereits der Name: zu helfen, im Fall von Krankheiten oder anderen unvorhersehbaren gravierenden Ereignissen

auf eine ausreichende Vorsorge zurückgreifen zu können. Das dbb vorsorgewerk kooperiert mit Unternehmen, die eine große Verbundenheit und Expertise für den öffentlichen Dienst mit sich bringen, wie die DBV Deutsche Beamtenversicherung, Wüstenrot Bausparkasse, BBBank eG, HUK-COBURG, Nürnberger und Swiss Life Select.

Mitglieder in einer Mitgliedsgewerkschaft des SBB sowie deren Angehörige können sich beim dbb vorsorgewerk exklusive Mitgliedervorteile sichern. So gewährt die DBV einen dauerhaften Beitragsrabatt beim Neuabschluss einer Versicherung. Bei Wüstenrot fällt für neue Bausparer nur die Hälfte der Abschlussgebühr an.

Rabatte für Shopping, Reise und Auto

Auch bei Anschaffungen für Familie und Freizeit sind Sparmöglichkeiten gerne gesehen. Dafür gibt es die dbb vorteilswelt. In ihr öffnete vor wenigen Monaten der dbb vorteilsclub mit exklusiven Angeboten seine Pforten. Besonders beliebt sind das Online-Einkaufs-

Info

Sie wollen auch Mitglied im dbb vorteilsclub werden? Dann registrieren Sie sich online unter www.dbb-vorteilswelt.de/register und nutzen ab sofort alle Club-Vorteile.



© SBB/Nannette Seidler

> Alexander Konzack stellt die Vorteile während eines Seminars vor.

portal mit attraktiven Erlebnis- und Shoppingrabatten (wie wäre es mit 25 Prozent auf Sportartikel bei adidas?) und

das dbb autoabo. Dort sind Sie richtig, wenn Sie einen Neuwagen fahren wollen, ohne lange finanzielle Bindung und Sorge

um den Wertverlust. Man entrichtet weder Anzahlung noch Schlussrate, sondern monatlich nur eine niedrige Komplettrate. Zur Auswahl stehen Fahrzeugmodelle von einer Vielzahl von Herstellern (wie BMW, Ford, SEAT oder Opel).

■ Gewinnaktion für Neumitglieder und Werber

Noch bis 30. Juni 2020 läuft die gemeinsame Werbeaktion „Wir schicken Sie in den Urlaub!“ von SBB und dbb vorsorgewerk. Alle, die eine Kollegin

oder einen Kollegen von den Vorteilen einer Gewerkschaftsmitgliedschaft überzeugen, erhalten die Chance auf einen exklusiven Gewinn. Die Empfehlung lohnt sich doppelt, denn auch das Neumitglied nimmt an der Verlosung eines 1 000-Euro-Reisegutscheins teil. Das Empfehlungsformular erhält man bei seiner SBB-Mitgliedsgewerkschaft. Zudem steht es auf der SBB-Webseite zum Download bereit (www.sbb.de/aktuelles/news/wir-schicken-sie-in-den-urlaub).

Landesjugendausschuss

SBB Jugend – Zukunft meets Vergangenheit

Der Landesjugendausschuss (LJA) 2019 der SBB Jugend fand in der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden statt, dem ehemaligen Sitz der Bezirksverwaltung der DDR-Staatssicherheit. Passt das zusammen?! Die Antwort lautet: auf jeden Fall.

Am 25. Januar 2020 lud die SBB Jugend zum LJA 2019. Doch wieso denn erst jetzt? Aufgrund personeller Engpässe und Veränderungen in unserer Landesjugendleitung im vergangenen Jahr waren wir nicht gut aufgestellt. Dies hatte zur Folge, dass wir unseren LJA nicht wie geplant im Herbst 2019 ausrichten konnten. So haben wir ihn im Januar 2020 nachgeholt und werden in diesem Jahr noch einen zweiten durchführen.

Neben den Delegierten unserer Fachgewerkschaften waren Karoline Herrmann, Vorsitzende der dbb jugend, Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB, und Alexander Konzack, Verbandsbetreuer beim dbb vorsorgewerk, unsere Gäste.

Alle bereicherten den Tag mit einem Grußwort. Karoline

Herrmann ging auf die wichtigen Aufgaben der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, vor allem auch in den Dachverbänden, sowie die Digitalisierung ein. Jugend müsse sich in alle Themen einbringen können, denn, so sagte Herrmann: „Wir sind zwar nur 10 Prozent der Mitglieder, aber 100 Prozent der Zukunft.“

Alexander Konzack sprach die Vorteile der Zugehörigkeit in einer Gewerkschaft an. Dies seien natürlich auch Angebote des dbb vorsorgewerk und der dbb vorteilswelt. Vor allem aber gehe es in Gewerkschaften um Zusammenhalt, Solidarität und Gemeinschaft. Das alles seien starke Argumente, vor allem für junge Menschen.

Nannette Seidler sprach uns Mut zu, uns zu engagieren und unsere Themen überall in die



© SBB/Kathrin Göpel

> Die neue Landesjugendleitung (von links): Chris Leon Nemitz (vbba), Jasmin Al Attar (DSTG), Natalie Pirl (DSTG) und Johannes Seidler (GdS)

Diskussion einzubringen. Neben aktuellen Inhalten aus dem SBB nahm sie auch Bezug auf den Veranstaltungsort: „Demokratie ist unser höchstes Gut und macht auch unsere gewerkschaftliche Arbeit überhaupt erst möglich.“

Bevor wir uns anschließend in die Bearbeitung der Anträge und in die Wahlen stürzten, nahmen wir uns Zeit für eine Führung durch die Gedenkstätte. Neben bedrückenden Einblicken in kalte Kellerzellen und einen riesigen Zellentrakt hörten wir auch einige erschüt-

ternde Einzelschicksale. Alle Teilnehmenden waren sehr interessiert und von den Ausführungen berührt.

Nach einer kurzen Mittagspause mit vielen spannenden Gesprächen startete der eigentliche Landesjugendausschuss mit dem Tätigkeitsbericht durch Chris Leon Nemitz, gefolgt vom Kassenbericht durch Johannes Seidler.

Mit Spannung erwartet wurde natürlich insbesondere der Tagesordnungspunkt Nachwahl der Landesjugendleitung (LJL).

Zu neuen stellvertretenden Vorsitzenden wurden Natalie Pirl und Jasmin Al Attar (beide DSTG) sowie Johannes Seidler (GDS) gewählt. Chris Leon Nemitz ist als bereits 2018 gewählter Stellvertreter weiterhin Mitglied der LJA. Derzeit hat das Team der LJA damit keine(n) Vorsitzende(n), aber vier Stellvertreter(innen) (sechs wären möglich).

Ihr seht, da ist noch Luft nach oben. Wer sich also für gewerkschaftliche Jugendarbeit im SBB interessiert und in der LJA mitmachen möchte, kann sich gern bei uns melden (jugend@sbb.dbb.de). Beim zweiten SBB-LJA im November 2020 kannst auch DU nachgewählt und damit Teil unseres Teams werden. Wir würden uns freuen!

Natalie Pirl stellte im Anschluss die Anträge an den LJA vor, über welche nach einer regen Diskussion abgestimmt wurde. Keiner der Anträge wurde abgelehnt und so haben wir nun weitere Grundlagen für unsere Arbeit. Zum Abschluss tauschten wir uns zu möglichen Veranstaltungen der SBB Jugend aus. Wir wollen noch nicht zu viel verraten, aber wir haben einige Anregungen und Ideen mitgenommen. Lasst euch überraschen!

Danke an alle, die die Organisation und Durchführung dieses LJA unterstützt und durch Beiträge bereichert haben.

*Johannes Seidler,
stellvertretender
Landesjugendleiter*

> Info

Die SBB Jugend hat ihren LJA außerdem genutzt, um gemeinsam an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau am 27. Januar 1945 zu erinnern. Seit dem Jahr 1996 ist der 27. Januar deshalb in Deutschland der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Die SBB Jugend sagt dazu: „Die Erinnerung darf nicht enden; dafür tragen auch wir Verantwortung. Wir gedenken der Opfer des Nationalsozialismus und wollen dafür Sorge tragen, dass sich Derartiges nie wiederholt.“ **#WeRemember**



© SBB/kathrin Göpel

> Gedenken an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau am 27. Januar 1945. #weremember

SBB Frauen

Für euch unterwegs!

Im Januar standen vor allem die Vorbereitung des Bundesfrauenkongresses 2020 und das neue Gleichstellungsgesetz für Sachsen im Mittelpunkt unserer Arbeit.

Bei der Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung in Berlin am 17. Januar 2020 haben wir die Interessen unserer Fachgewerkschaften vertreten. Schwerpunkte waren die Vorbereitung des Bundesfrauenkongresses 2020 (24./25. April 2020) und die Beratung zu den dazu gestellten Anträgen. Die Anträge der SBB Frauen wurden mit Annahme beziehungsweise Arbeitsmaterial versehen und werden somit in die zukünftige Arbeit der Bundesfrauenvertretung einfließen.

Am 18. Januar 2020 lud die frühere Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, zur Verleihung des Sächsischen Gründerinnenpreises 2020 ins Lingnerschloss Dresden ein. Der Sächsische

Gründerinnenpreis will als Auszeichnung erfolgreiche Unternehmerinnen sichtbar machen und weitere Frauen zur Gründung ermutigen. Neben der Ehrung der Gewinnerinnen Maryna Talalayeva und Deborah Hey nutzte Petra Köpping die Gelegenheit, den Staffeln an die neue Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Katja Meier, zu übergeben.

In ihrer Begrüßungsrede bekräftigte Meier, dass uns allen etwas Wichtiges entgeht, wenn wir Frauen nicht ermutigen zu gründen. Denn Frauen widmen sich mit ihren Gründungsideen häufig den gesellschaftlichen Problemstellungen und deren Lösung. Doch ihnen werden große Steine in



© SBB Frauen

> Gleichstellungsministerin Katja Meier (links) und SBB Frauen-Vorsitzende Tanja Teich

den Weg gelegt. Stephanie Birkner von der Universität Oldenburg erläuterte den Gästen, dass vor allem in der Gesellschaft verankerte Geschlechterstereotype verhindern, dass Frauen sich trauen. Auch zum Gleichstellungsgesetz äußerte sich Katja Meier: Sie bekräftigte, dass sie dieses Ziel hartnäckig verfolgen werde. Mit Freude vernahmen wir SBB Frauen auf der Versammlung ihre Worte.

Und auch wir werden uns für einen gelungenen Gesetzes-

vorschlag engagieren. Zu diesem Zweck möchten wir uns intensiv mit unseren Fachgewerkschaften austauschen und einzelne Thematiken (zum Beispiel Gleichstellungsbeauftragte) diskutieren. Wenn dies euer Interesse weckt und ihr Lust habt, eure Ideen einzubringen, sodass ein guter Gesetzentwurf zustande kommen kann, dann seid ihr herzlich eingeladen, uns zu unterstützen. Meldet euch einfach bei [frauen\(at\)sbb.dbb.de](mailto:frauen(at)sbb.dbb.de).

Getreu dem Motto des Equal Pay Day „Auf Augenhöhe verhandeln – WIR SIND BEREIT.“ werden wir genau dafür kämpfen. Am Equal Care Day (29. Februar), internationalen Frauentag (8. März) und Equal Pay Day (17. März) werden wieder zahlreiche Veranstaltungen stattfinden. Näheres hierzu werden wir in der nächsten Ausgabe berichten.

Eure SBB Frauen

Bund der Sächsischen Forstleute

Die Anfänge vor 30 Jahren

Die Deutsche Demokratische Republik war abgewirtschaftet. Sie hatte sicher auch unter den Sanktionen des Westens gelitten, aber das ist ein anderes Kapitel. Das Waldsterben war in aller Munde und im oberen Erzgebirge sehr real sichtbar.

Auf etwa 25 000 Hektar in der Rauchschadzone I waren diese Schäden katastrophal. Die Kollegen des damaligen Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebes Marienberg formulierten im November 1989 einen offenen Brief an die damalige Volkskammer der DDR. In diesem forderten wir, endlich umfassende Maßnahmen zur Walderhaltung einzuleiten und die Forstbetriebe stärker zu unterstützen. Im Februar 1990 gab es in Marienberg auch eine Bürgerinitiative „Wir alle brauchen den Wald!“ zur Änderung der Verfassung der DDR, an der wir uns als Staatlicher Forstwirtschaftsbetrieb Marienberg auch beteiligten.

Zunehmend wurde uns bewusst, dass wir eine handlungsfähige Forstleutvertretung brauchten. Einen Forstverband, der sich um den Wald und die Menschen, die im

Wald beschäftigt waren, kümmerte. Wir hatten damals 674 Beschäftigte im Betrieb. Darunter war auch die Juristin Ursula Kohlsdorf. Sie entwickelte einen Satzungsentwurf für einen Forstverband. Diesen schickten wir am 14. Februar 1990 an den Kollegen Walter Avemarg und seine Mitstreiter in Brandenburg.

Wir nahmen Kontakt auf und trafen uns bei dem damaligen Vorsitzenden des Bundes Deutscher Forstleute, Klaus Heil, in Bovenden in Niedersachsen. Dort erörterten wir die Bedingungen der jeweiligen Forstwirtschaften und die Möglichkeit der Gründung eines Berufsverbandes. Er bot uns Hilfe an und gab uns praktische Ratschläge. Wir haben uns sofort sehr gut verstanden. Dafür gilt noch heute unser großer Dank an Klaus Heil. Am 7. April 1990 trafen wir vie-

le unserer Ost-Kollegen in Königs Wusterhausen wieder. Hier wurde der „Bund der Forstleute der DDR“ ins Leben gerufen. Diese großartige Initiative ging von dem Brandenburger Kollegen Walter Avemarg und seinen Mitstreitern aus. Sie verdienen dafür unseren großen Dank.

In Sachsen konstituierte sich am 21. April 1990 mit 15 Beteiligten aus den verschiedenen forstlichen Bereichen der Vorbereitungsausschuss zur Gründung unseres Forstverbandes. Er musste „Bund der Sächsischen Forstleute“ heißen, weil wir endlich wieder der Freistaat Sachsen sein durften, den es ja in der gesamten DDR-Zeit nicht mehr gab.

Viele der verdienten Mitstreiter sind in die ewigen Jagdgründe eingegangen, wie zum Beispiel Herbert Pieke und Vol-

ker Mayer. Ihnen gilt unser Dank, unsere Anerkennung und ehrendes Gedenken. Für die intensive Vorbereitung wurden acht zeitweilige Arbeitsgruppen gebildet. So unter anderem die Arbeitsgruppen „Kirchenwaldbewirtschaftung“, „Forstpolitik und Waldgesetzgebung“, „Wissenschaftsentwicklung und Bildungspolitik“, „Strukturpolitik, Sozial- und Personalvertretungsrecht“.

Am 29. Juni 1990 wurde dann der „Bund Sächsischer Forstleute“ in Kurort Hartha gegründet. Bereits am 27./28. November 1990 trafen sich die Delegierten des Bundes Deutscher Forstleute und die Delegierten des Bundes der Forstleute der DDR in Fulda. Sie vollzogen am 28. November 1990 den gemeinsamen Willen, ein gemeinsamer Bund Deutscher Forstleute zu sein. So werden es dieses Jahr 30 Jahre, die es wert sind, sich zu erinnern.

*Udo Mauersberger,
BDF Sachsen*

Initiative

Wertschätzung geht alle an

Mit großem Interesse beobachteten wir in den letzten Monaten die Initiative „Wertschätzung“ des Freistaates Sachsen, welche für eine Vielzahl von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Sachsen bereits zu neuen Entwicklungen und spürbaren Verbesserungen geführt hat.

Als Betriebsgruppe der VRFF in der Semperoper Dresden wollen wir, gemeinsam mit dem SBB, auf diese Initiative aufmerksam machen. Denn wir sind der Meinung, dass das Thema „Wertschätzung“ in unserem Haus noch zu wenig Be-

achtung findet. So tragen die Mitglieder unserer Betriebsgruppe nun T-Shirts mit der Aufschrift „Wertschätzung motiviert“. Die positive Reaktion der Kolleg*innen hat uns nicht wirklich überrascht, sondern eher bestätigt. Wir hof-

fen, dass das Thema „Wertschätzung“ nun in den Köpfen der Führungskräfte und aller Beschäftigten angekommen ist.

*Uwe Schiebel,
VRFF-BG Semperoper*



> Das neue T-Shirt der VRFF-Mitglieder in Dresden

Seniorenvertretung

Aktiv auch im Ruhestand

Am 5. Februar 2020 hat sich die dbb seniorenvertretung sachsen-anhalt mit der Neuwahl des Vorsitzenden und der beiden Stellvertreter personell neu aufgestellt.

Mit Walter Jertzimbeck (Deutsche Verwaltungs-Gewerkschaft) als Vorsitzendem sowie Heidemarie Ehlert (Deutsche Steuer-Gewerkschaft) und Karl-Heinz Zeising (Deutsche Polizeigewerkschaft) als Stellvertreterin beziehungsweise Stellvertreter will sich die dbb seniorenvertretung in Zukunft auch inhaltlich stark einmischen.

„Wir wollen keine Renten- und Versorgungspolitik zulasten der jüngeren Generation. Renten- und Versorgungsniveau müssen dauerhaft stabilisiert und das Rentenniveau wieder angehoben werden. Im Sinne eines verlässlichen Generationenvertrags brauchen wir ein

auskömmliches Leistungs-niveau mit einem bezahlbaren Beitragssatz“, sagte Walter Jertzimbeck.

Die Seniorenvertretung will nicht nur Ansprechpartner für die Seniorenbeauftragten der dbb Mitgliedsgewerkschaften im Land sein, sondern sowohl im dbb als auch gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Akteuren Seniorenpolitik diskutieren und mitgestalten.

Seniorenrelevante Themen gebe es zur Genüge, beispielsweise eine nachhaltige und zukunftsorientierte Rente und Versorgung, altersgerechtes Wohnen, Pflege im Alter, gesellschaftliche Teilhabe Älterer



> Die Mitglieder der dbb seniorenvertretung sachsen-anhalt (von links): Tatjana Lichtenfeld (PhVSA), Walter Jertzimbeck (DVG), Heidemarie Ehlert (DSTG), Lutz Schleaf (BTB), Sylvia Loof (GdS), Rainer Krull (BRH), Karl-Heinz Zeising (DPolG). Nicht auf dem Foto sind Ilona Lenze (komba) und Lutz Köhler (VDStra.)

im ländlichen Raum. Auch beim Megathema „Digitalisierung“ wollen die Senioren ein Wörtchen mitreden.

Bedeutend für die politische Schlagkraft der Seniorenarbeit sei es auch, dass die Senioren

beim Wechsel in den Ruhestand weiterhin Mitglied bleiben. Nur so könne sich der dbb im Gespräch mit der Politik für deren Wertschätzung und die Würdigung ihrer Lebensarbeit einsetzen.

Personalratswahlen 2020

Warum soll ich kandidieren?

Im Mai 2020 ist es wieder so weit: In den Dienststellen der Verwaltungen des Landes, der Kommunen und Sozialversicherungsträger wird die Vertretung der Beschäftigten – der Personalrat – gewählt. Die Wahlvorstände haben bereits Ende Januar 2020 ihre Arbeit aufgenommen. Sie denken über eine Mitarbeit im Personalrat nach, können sich aber nicht so recht entscheiden?

Wir möchten die Mitglieder der dbb Familie motivieren, für einen Personalrat zu kandidieren. Das dbb regional magazin sachsen-anhalt beantwortet in dieser Ausgabe die häufigsten Fragen zur Kandidatur.

Nicht selten findet man diffuse Ängste und Vorurteile wie etwa, ein Mandat in der Ju-

gendauszubildendenvertretung (JAV) oder im Personalrat sei mit finanziellen Einbußen verbunden, vielleicht sogar mit einem „Karriereknick“. Schon die Kandidatur und erst recht die Mandatsausübung werde vom Dienststellenleiter oder Vorgesetzten mit einer schlechten Beurteilung quittiert, es bleibe keine Freizeit mehr übrig.

Aber diese Ängste sind nicht berechtigt: Das Dienst-/Arbeitsverhältnis wird durch die Übernahme eines Personalratsamtes nicht berührt – weder rechtlich noch tatsächlich. Damit Sie das Mandat unabhängig und effektiv wahrnehmen können, hat der Gesetzgeber einen umfassenden Schutz geschaffen. Und mehr noch: Er sorgt – neben Ihrer Fachge-

werkschaft – dafür, dass Sie es auch qualifiziert ausüben und dabei obendrein auch noch Kompetenzen erwerben können, die für Ihr berufliches Fortkommen nützlich sind.

> Was bringt mir die Mitarbeit im Personalrat?

Viel! Sie erwerben Kenntnisse in wichtigen Rechtsgebieten (zum Beispiel Beamten-, Tarif-, Arbeits-, Arbeitsschutz- oder Arbeitszeitrecht), arbeiten sich in hochaktuelle gesellschaftliche Problematiken wie Gesundheitsschutz und demografische Entwicklung ein. Sie

gewinnen Einblick in die Verhältnisse der Dienststelle im Speziellen und des öffentlichen Dienstes im Allgemeinen.

Als Mitglied einer dbb Mitgliedschaft nehmen sie aber nicht nur an den für die Personalratsarbeit im engeren Sinn erforderlichen Schulungen teil, sondern darüber hinaus werden Sie, wenn Sie das wollen, auch auf der gewerkschaftlichen Schiene unterstützt und geschult. Nicht nur fachlich, sondern auch zum Beispiel in Rhetorik. Und: Sie haben bei verschiedensten Gelegenheiten die Möglichkeit zum Austausch mit anderen engagierten Beschäftigten auch aus anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes und können, etwa bei Schulungen, Ansichten erfahren, Einsichten gewinnen und Kontakte knüpfen.

In den Sitzungen des Personalrats, aber auch bei der Teilnahme am Quartalsgespräch mit dem Dienststellenleiter besteht Gelegenheit zu Erwerb oder Vertiefung von Kompetenzen im Bereich Verhandlungs- und Diskussionsführung.

■ Was muss ich an Geld und Freizeit investieren?

Personalratsmitglieder sollen durch ihr ehrenamtliches Engagement für die Beschäftigten der Dienststelle keinerlei wirtschaftliche Nachteile erleiden. Sie nehmen Ihre Personalrats-tätigkeit während der Dienst-/Arbeitszeit wahr, und die Wahrnehmung von Personalratsaufgaben wird arbeitszeitrechtlich wie Dienst behandelt (BVerwG 30. Januar 1986, ZBR 1986, 307).

Dienstbezüge/Arbeitsentgelt werden mit allen Bestandteilen weitergezahlt (§ 44 Abs. 2 Satz 1 Landespersonalvertretungsgesetz Sachsen-Anhalt [LPersVG]). Sie erhalten nach dem sogenannten Lohnausfallprinzip vielmehr dasjenige Entgelt, das Sie erhalten hätten,

wenn Sie anstatt der Wahrnehmung von Personalratsaufgaben gearbeitet hätten. Es werden also auch Nebenbezüge, die Besoldungs- beziehungsweise Entgeltbestandteil sind, weitergezahlt, die Ihnen als Gegenleistung für die Tätigkeit auf Ihrem Dienstposten zustehen. Dass Sie diese Tätigkeit aufgrund der Wahrnehmung des Personalratsmandats nicht ausüben können, führt nicht zum Wegfall der Zulagen. Sie erhalten also etwa die Ihnen vor Ihrer Wahl in den Personalrat zustehende Stellenzulage oder Funktionsstufe für IT-Fachkräfte auch weiterhin.

Ist ein Personalratsmitglied außerhalb seiner persönlichen Arbeitszeit in Sachen Personalrat unterwegs, weil etwa eine Sitzung länger dauert, so erhält es Freizeitausgleich in entsprechendem Umfang (bei Wechselschicht ist es etwas komplizierter); das gilt auch für teilzeitbeschäftigte Personalratsmitglieder (BAG 16. Februar 2005, ZfPR 2006, 44). Allerdings ist dies bei Reisezeiten, die nicht in die regelmäßige Arbeitszeit fallen, anders – wie bei allen anderen Beschäftigten auch.

■ Wäre ich der Aufgabe denn überhaupt gewachsen?

Niemand geht davon aus, dass Sie bereits alle Kenntnisse besitzen, wenn Sie in den Personalrat eintreten. Alles was Sie wissen müssen, werden Sie im Laufe der Zeit im Personalrat, bei Schulungen oder bei Ihrer Gewerkschaft lernen. Jedes neu gewählte Personalratsmitglied hat Anspruch darauf, eine in der Regel einwöchige Grundschulung zum Personalvertretungsrecht zu besuchen – und zwar unter Freistellung vom Dienst und Weiterzahlung der Bezüge/des Arbeitsentgeltes; die Schulungskosten trägt die Dienststelle. Falls erforderlich, sind weitere Schulungen unter denselben Bedingungen möglich.

Außerdem erhalten Sie über Ihre Fachgewerkschaft Informationsmaterial über Ihre Aufgaben, Rechte und Pflichten als Personalratsmitglied und über Ihre persönliche Rechtsstellung, tauschen sich regelmäßig mit erfahrenen Personalratsmitgliedern aus und wachsen so langsam in das Amt hinein.

■ Schadet die Tätigkeit im Personalrat meiner beruflichen Entwicklung oder bringt sie gar meinen Arbeitsplatz in Gefahr?

Nein. Wenn Sie sich für ein Personalratsmandat bewerben oder sich, bei erfolgreicher Kandidatur, später als Mitglied des Personalrats mit dem Dienststellenleiter auseinandersetzen müssen, honoriert der Gesetzgeber Ihr Engagement durch einen umfassenden Schutz Ihrer dienst-/arbeitsrechtlichen Stellung: Sie dürfen wegen Ihrer Tätigkeit im Personalrat nicht benachteiligt (natürlich auch nicht begünstigt) werden, vor allem, wie es ausdrücklich in § 8 LPersVG steht, nicht in Ihrer beruflichen Entwicklung. Jede Zurücksetzung oder Schlechterstellung gegenüber anderen Personen in vergleichbarer Situation, egal ob beabsichtigt oder nicht, ist verboten.

Sie können sogar im Falle Ihrer vollständigen Freistellung weiterhin am beruflichen Aufstieg teilnehmen. Die Tätigkeit im Personalrat unterliegt nicht der dienstlichen Beurteilung; sie ist kein Dienst. Als Personalratsmitglied führen Sie Ihr Amt unabhängig und frei von Weisungen – sowohl von Vorgesetzten als auch seitens des Personalrats selbst. Die Rechte und Pflichten aus dem Ehrenamt einerseits und die Rechte und Pflichten aus dem Dienst-/Arbeitsverhältnis andererseits sind strikt zu trennen. Ihr Dienst-/Arbeitsverhältnis wird durch die Übernahme eines Mandates im Personalrat also

nicht berührt – weder rechtlich noch tatsächlich, die allgemeinen Rechte und Pflichten gelten selbst bei Vollfreistellung fort.

■ Bin ich denn während des Wahlkampfes vor Sanktionen geschützt?

Ja. Schon Ihre ersten Aktivitäten in Bezug auf eine Wahlbewerbung schützt der Gesetzgeber durch das Verbot der Wahlbehinderung (§ 24 Abs. 1 Satz 1 LPersVG). Mit Einleitung der Wahl und Aufstellung eines ordnungsgemäßen, also nicht von vornherein ungültigen Wahlvorschlags, auf dem Sie mit Ihrer Zustimmung als Kandidatin/Kandidat für ein Personalratsmandat aufgeführt sind, genießen Sie einen besonderen Schutz (§ 24 Abs. 1, § 46 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 und 2 LPersVG). Denn bereits während des Wahlkampfes sind ordentliche Kündigungen verboten (§15 Abs. 3 Kündigungsschutzgesetz).

Die Kündigung von Wahlbewerbern ist in dieser Zeitspanne nur in Extremfällen möglich, nämlich wenn Tatsachen vorliegen, die den Arbeitgeber zur außerordentlichen Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigen; aber selbst dann müsste erst der Personalrat seine Zustimmung erteilen oder es müsste eine gerichtliche Entscheidung vorliegen, die diese Zustimmung ersetzt. Dieser Schutz gilt bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses. Aber auch danach gilt der Schutz vor ordentlichen Kündigungen noch weitere sechs Monate fort – auch dann, wenn Sie nicht gewählt worden sind! So ist ausreichend Zeit zur Abkühlung einer wegen eventueller Kontroversen mit dem Dienststellenleiter aufgeheizten Atmosphäre.

Darüber hinaus sind Sie während der gesamten Dauer der Kandidatur, also von der Einreichung des Wahlvorschlags an

bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses vor Versetzungen, Umsetzungen mit Dienstortwechsel und Abordnungen geschützt. Diese Maßnahmen sind gegen Ihren Willen nur möglich, wenn Sie aus wichtigen dienstlichen Gründen (schwerwiegende dienstliche Belange) unvermeidbar sind (§ 46 Abs. 2 Satz 1 und 2 LPers-VG).

Wer unterstützt mich in Wahlkampf und Amtszeit?

Sie können sich sowohl auf Ihre Fachgewerkschaft als auch auf den dbb als Dachorganisation verlassen. Dies gilt für alle mit Ihrer Kandidatur zusammenhängenden Fragen sowie für alle Angelegenheiten, in denen Sie als gewähltes Personalrats-

mitglied Rat und Informationen suchen oder Schulungen brauchen. Und wenn doch einmal Probleme wegen der Personalrats Tätigkeit auftreten sollten, dann ziehen wir das mit Ihnen durch.

Als Mitglied einer dbb Gewerkschaft genießen Sie Rechtsschutz, wenn Sie in Ihrem Dienst- oder Arbeitsverhältnis

oder in Ihrer rechtlichen Stellung als Personalratsmitglied betroffen sind. Sie können sich also an ein Dienstleistungszentrum des dbb wenden und werden, falls es tatsächlich einmal so weit kommen sollte, von den dort tätigen Fachanwälten auch vor Gericht vertreten.

Verband Bildung und Erziehung Sachsen-Anhalt

Gemeinsamer Wertedialog mit GermanDream

Gemeinsam mit der Bildungsinitiative „GermanDream“ hat der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Sachsen-Anhalt Ende letzten Jahres einen Wertedialog durchgeführt.

Dieser fand mit Schülerinnen und Schülern aus den Klassenstufen acht bis zehn der Gemeinschaftsschule „Albert-Schweitzer“ in Aschersleben statt. „Angesichts der Verrohung der Umgangsformen in unserer Gesellschaft und aktueller Ereignisse wie im

Oktober 2019 in Halle ist wieder der sofortige Ruf der Politik nach mehr Werte- und Demokratieerziehung laut geworden“, sagte Torsten Wahl, Landesvorsitzender des VBE Sachsen-Anhalt. Dies habe der VBE zum Anlass genommen, gemeinsam mit GermanDream einen Wertedialog durchzuführen.

Schriftstellerin und Journalistin Ronya Othmann nahm als Wertebotschafterin die Jugendlichen mit auf eine kleine Zeitreise in die Heimat ihres Vaters,

eines kurdischen Jesiden in Syrien. Sie selbst ist in Deutschland geboren. Beeindruckend schilderte sie das Leben der unterdrückten und der Menschenrechte beraubten Minderheit in Syrien und zeigte auf, welche Vorteile und Möglichkeiten sie in ihrem Leben in Deutschland gegenüber dem ihres Vaters während seiner Jugend in Syrien hatte.

So sei in Syrien etwa noch heute das Lesen von Büchern in kurdischer Sprache unter Strafe verboten. Ferner sei der Besitz eines Passes oder Ausweise und damit die fehlende Anerkennung als Bürger des eigenen Landes reale Traurigkeit. Für die Schülerinnen und Schüler kaum vorstellbar, was es bedeutet, nicht die eigene Sprache und Schrift zu erlernen und zu benutzen.

Auf die Frage, ob denn in Syrien das Assad-Regime nicht einfach abgewählt werden könne, erklärte Othmann: Dies sei nicht so einfach wie in Deutschland. Wenn in Deutschland die Regierung schlecht arbeite, könne sie bei der nächsten Wahl abgewählt werden. Anders sei dies bei Diktaturen wie in Syrien. Dort werde mit Unterdrückung und Terror gearbeitet.

Diese Art der Veranstaltung zeigt, dass den Kindern und Jugendlichen die Werte, die im Grundgesetz formuliert sind, sehr wichtig sind. „Das Engagement und die Form des Wertedialogs durch GermanDream sind aus meiner Sicht eine gute Form, um die Werte aus dem Grundgesetz und die des friedlichen Zusammenlebens den Kindern und Jugendlichen zu vermitteln“, betonte VBE-Landeschef Wahl.



© Katrin Jelitke (2)

> Wertebotschafterin Ronya Othmann (links im Bild) diskutiert mit Schülerinnen und Schülern über Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

> Info

VBE und GermanDream sind Kooperationspartner. GermanDream ist eine gemeinnützige und überparteiliche Bildungsinitiative, die sich für ein neues und selbstbewusstes gesellschaftliches Bekenntnis zu den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Deutschland einsetzt. Die Werte des Grundgesetzes werden dafür in sogenannten Wertedialogen anhand der Lebensgeschichte von Wertebotschafterinnen und -botschafter und im direkten Austausch mit jungen Menschen erleb- und nachvollziehbar gemacht.

THÜRINGER LANDTAG

Politisches Beben in Thüringen

Handlungsfähigkeit für notwendige politische Entscheidungen herstellen

„Was das Land Thüringen, die Bürger und der öffentliche Dienst jetzt brauchen, sind Mitmenschlichkeit, Zusammenhalt und eine schnelle Regierungsbildung, die die Handlungsfähigkeit für notwendige politische Entscheidungen wiederherstellt“, fasst der Vorsitzende des Thüringer Beamtenbundes, Helmut Liebermann, seine Gedanken zur aktuellen Situation zusammen.

schon jetzt vorhandene bedenkliche Spaltung unserer Gesellschaft wird dadurch noch vertieft. Wir sehen es als eine wichtige Aufgabe an, einerseits dieser Spaltung entgegenzuwirken, andererseits das erwähnte breit gefächerte politische Meinungsspektrum zuzulassen. Werbung für eine bestimmte politische Richtung entspricht demzufolge nicht unserer Programmatik, die Verurteilung jeglicher politischer Handlungen gegen unsere staatliche Ordnung aber durchaus.

Ein weiterer Aspekt wird immer bedeutungsvoller. Gewalt zur Lösung von Konflikten nimmt bedauerlicherweise zu. Und da geht es nicht nur um körperliche, sondern auch um verbale und sonstige Gewalt. Kritik an politischen Entscheidungen ist Bestandteil unseres Systems. Beschmierungen und Beschmutzen von Geschäftsstellen von Abgeordneten oder Parteien, Beleidigungen gegen jedermann innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes, Bedrohungen und sonstige Formen verbaler Gewalt sind keine Formen dieser Kritik.

*Helmut Liebermann,
tbb Landesvorsitzender*

Thüringen ist in den letzten Wochen und Monaten deutschlandweit und international in die Schlagzeilen gekommen. Dass es im Ergebnis der Landtagswahl vom 27. Oktober 2019 immer noch keine legitimierte Landesregierung gibt, ist unseres Wissens einmalig in der Geschichte der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland.

Dass in einer Situation wie in diesen Tagen und Wochen die Verwaltung dennoch funktioniert, ist enorm wichtig und eine Stärke des bestehenden Systems. Der tbb weiß, dass sich die Beschäftigten und Beamten im öffentlichen Dienst in ihrer täglichen Aufgabenerfüllung von der politischen Unsicherheit nicht anstecken lassen. Die Dienstleistung am Bürger im Rahmen der bestehenden Rechtsvorschriften und die Funktionsfähigkeit des Staates stehen nach wie vor im Mittelpunkt jeglichen staatlichen Handelns. Die Erwähnung dieses Sachverhalts ist aber offenkundig keine Schlagzeile.

Klar ist aber auch, dass Verwaltungshandeln allein Regierungsarbeit auf Dauer nicht ersetzen kann. Der vielfach geäußerte Grundsatz „Zuerst das Land, dann die Partei, dann die Person“ muss für jeden gewählten Abgeordneten oberste Priorität haben. Es schadet unserem System, wenn davon abgewichen wird, wie das heute leider festgestellt werden muss.

Die Thüringer Wählerinnen und Wähler haben den 90 Abgeordneten das Mandat gegeben, Verantwortung für Thüringen zu übernehmen. Dazu gehört in der aktuellen Situation, Vor- oder Nachteile für die eigene Partei zweitrangig zu behandeln. Wichtig ist jetzt allein, so kurzfristig wie möglich zu einer handlungsfähigen Regierung und stabilen politischen Verhältnissen zu kommen.

Wir sind uns bewusst und betrachten es als einen hohen Wert, dass es auch in den Reihen der Mitglieder unserer

Mitgliedsverbände und -gewerkschaften ein breit gefächertes politisches Meinungsspektrum gibt. Eines aber eint uns: das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zur parlamentarischen Demokratie. Der Dienstleid jedes Beamten/jeder Beamtin, das tarifvertraglich durch das gesamte Verhalten jedes/jeder Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst geschuldete Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind nicht nur Worthülsen.

Der tbb tritt allen denjenigen Parlamentariern entgegen, deren Ziel es ist, die Funktionsfähigkeit unseres Staates zu untergraben und demokratische Prinzipien zu missachten. Der Rechtsstaat darf nicht zulassen, dass der Rechtsstaat mit rechtsstaatlichen Mitteln erfolgreich bekämpft werden kann und darf.

Die gegenwärtig ablaufenden politischen Ränkespiele haben noch eine andere Wirkung: Die

Vorbereitung laufen auf Hochtouren

Landeshauptvorstandssitzung im Zeichen des VII. Gewerkschaftstages

Am 31. Januar 2020 trafen sich die Vorsitzenden der Thüringer Fachgewerkschaften mit der Landesleitung des Thüringer Beamtenbundes zur Landeshauptvorstandssitzung.

Für den bevorstehenden VII. Gewerkschaftstag des tbb am 23. und 24. März 2020 in Friedrichroda wurden wichtige Ämterbesetzungen besprochen und Beschlüsse gefasst. Eine hohe Anzahl an Anträgen zum Gewerkschaftstag konnte dem Landeshauptvorstand präsentiert werden. Der bisherige tbb Landesvorsitzende Helmut Lie-

bermann wird sich nicht wieder zur Kandidatur aufstellen. Die Benennung der neuen Kandidaturen für die Landesleitung wurden bekannt gegeben, soweit wie es dem tbb bis dato bekannt war. Inhaltliche Beschlüsse folgten auch für die Ehrungen, die mit dem Gewerkschaftstag in Verbindung stehen.



> Helmut Liebermann (tbb Landesvorsitzender), Mario Köhler (BLV-Landesvorsitzender) und Jürgen Hoffmann (DPoIG-Landesvorsitzender) (von links)



> Der tbb Landesvorsitzende Helmut Liebermann (links) begrüßte Jens Düring vom BDF – Bund Deutscher Forstleute bei seiner ersten Landeshauptvorstandssitzung des tbb.

Für die Einkommensrunde mit Bund und Kommunen (TVöD) 2020 bereicherte der Streikleiter für Thüringen, Philipp Hein die Runde vor Ort. Er berichtete nach kurzer Vorstellung seiner Person den Ablauf und die Zielstellung der Forderungen im TVöD. Im April 2020 findet eine große Streikleiterkonferenz in Berlin statt. Schon jetzt fordert der Thüringer Streikleiter alle Kommunal- und Bundesbeschäftigten und Beamten auf, sich an möglichen Streik- und Protestaktionen zu beteiligen. Begrüßt wurde Jens Düring als Vertreter des BDF

– Bund Deutscher Forstleute, der neu in den Reihen des Landeshauptvorstandes ist.

Beglückwünscht wurden auch die wiedergewählten Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Jürgen Hoffmann, und vom BLV – Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen in Thüringen, Mario Köhler.

Ein ausführlicher Bericht vom VII. Gewerkschaftstag des tbb folgt in der nächsten Ausgabe des dbb regional magazins. ■

Jahresauftakt

Wertschätzung zum Thüringer Abend

Am 23. Januar 2020 lud die Landesleitung des Thüringer Beamtenbundes ihre Gäste zum ersten Thüringer Abend ein, um gemeinsam über das Thema „Wertschätzung“ zu sprechen.

Wertschätzung ist eine Grundvoraussetzung zwischen Ar-

beitgeber und seinen Beschäftigten. Nur mit dieser kann

auch zukünftig gutes Personal für den öffentlichen Dienst in

Thüringen gewonnen werden. Daher hat der tbb eine Kampagne zu diesem Thema ins Leben gerufen.

Dass Wertschätzung viele Punkte beinhaltet, zeigte sich

bei den einzelnen Fragestellungen im Gespräch mit Vertretern aus Innen- und Finanzministerium, der Thüringer Staatskanzlei sowie den Querschnittsvertretern aus Jugend, Frauen und Senioren. Diskutiert wurde unter anderem über: die schnelle Übertragung der Regelungen der Arbeitszeitverordnung (AzVO) im Bereich Reisezeit auf die Tarifbeschäftigten; die Beendigung von Personal- und Stellenabbau; die Wiedereinführung des Referendariats im Forstbereich und anderen Bereichen der allgemeinen Verwaltung; das Recht mindestens eines Beförderungsamtes für Beamte; die Machbarkeit eines „Hessentickets“ für Thüringen; die Streichung der Übernahme der Kosten für die private BahnCard beim Einsatz für dienstliche Zwecke.

Außerdem machte die tbb Landesleitung klar, dass sie gegen die Umstrukturierung des Dienstrechtsreferates in das Finanzministerium im Rahmen der Regierungsbildung von Rot-Rot-Grün ist. Traditionell zum Jahresanfang trifft sich der tbb mit Vertretern der Thüringer

Ministerien, um gemeinsam über Themen des öffentlichen Dienstes und seiner Beschäftigten in Thüringen zu sprechen.

Nicht wie die Jahre zuvor in Köln am Rande der Jahrestagung des dbb, sondern in gemütlicher Atmosphäre im heimischen Erfurt. Alle zeigten

sich zufrieden über den Austausch und stellten fest, dass es ein gelungener Auftakt war.



> Der Erfurter Dom bei Nacht.

© Pixabay

Brachialgewalt im öffentlichen Dienst

Gewalt, Beschimpfung, Angriffe – Risikofaktoren für Staatsdiener

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach wirbt jüngst für eine stärkere Sensibilisierung von Politik und Gesellschaft.

Auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Thüringen sehen sich zunehmend von der Verrohung der Gesellschaft und den Anfeindungen im Alltag ausgesetzt. Nachfolgende Vorkommnisse zeigen, wie Gewalt dem öffentlichen Dienst zusetzt und schadet.

> **Polizei:** Während einer Fanbegleitung warf ein Mann

hinter einem Zaun ein schweres Vierkantholz auf Polizisten. Die Polizisten sahen den Täter nicht.

Ein Polizist wurde schwer verletzt und erlitt ein Schädel-Hirn-Trauma und Verletzungen.

> **Strafvollzug:** Bei der Lebendkontrolle wurde einem Beamten von einem Gefangenen Exkremente ins Gesicht geschüttet.

> **Schule:** Ein Schüler packte eine Lehrerin am Hinterkopf und schlug ihren Kopf gegen

die Wand. Die Lehrerin verletzte sich dabei und stellte eine Anzeige bei der Polizei. ■



© Pixabay

komba jugend und dbb jugend thüringen auf gemeinsamer Fahrt

Mitgliederreise nach Köln

Vom 14. bis 16. Februar 2020 begleitete der Vorsitzende der dbb jugend thüringen, Christian Bürger, die Mitgliederreise der komba jugend thüringen nach Köln.

Neben der Besichtigung des Kölner Doms, einer Nachtwächterführung durch das historische Köln und dem Besuch

des Schokoladenmuseums stand auch die Teilnahme an der – fast schon legendären – Karnevalsveranstaltung der



© Dorin Kruchen/Christian Bürger (3)



dbb jugend nrw auf dem Programm.

Das alljährlich auf der MS Loreley auf dem Rhein stattfindende Event unter dem Titel „Alaaf Magenta“ bot eine hervorragende Gelegenheit, um sich

mit anderen jungen Gewerkschaftern zu vernetzen und anderen Landesjugendbünden näherzukommen.

*Christian Bürger,
Landesjugendleiter der
dbb jugend thüringen*

